**Gewerkschaftskartell Biel**

**Delegiertenversammlung**

**1. Dezember 1944, 20 Uhr, Volkshaus Unionssaal**

Traktanden:

1. Appell

2. Protokoll

3. Mitteilungen

4. Gemeindewahlen 1944 in Biel

5. Weihnachtsaktion 1944

6. Allfälliges

1. Appell.

Vorsitz: Kollege Baptiste Clerico.

Gemäss Präsenzliste sind 36 Delegierte anwesend. Entschuldigt wegen Wahlarbeiten hat sich Kollege Armin Schneiter.

2. Protokoll.

Das Protokoll der letzten Delegiertenversammlung ist noch nicht erstellt.

3. Mitteilungen.

Kollege Emil Brändli teilt mit, dass am Kommunaltag der SPS vom 19. November in Bern der Vorsitzende Kollegen Baptiste Clerico Delegierter war.

Weiter orientiert Kollege Brändli über die Vorstösse des Gewerkschaftskartells betreffend Preisgestaltung auf dem Obst- und Gemüsemarkt. Kollege Brändli hat in dieser Angelegenheit auch im Stadtrat interpelliert. Die Interpellation wurde verschleppt. Nachher brachte Kollege Brändli eine Interpellation im Grossen Rat ein, wo sie speditiv erledigt wurde. Heute liegt eine Einladung der Direktion des Innern vor für einen Sitz mit Stimmrecht in der Preisbildungs-Kommission des Kantons Bern.

Kollege Baptiste Clerico spricht sich für die Annahme des angebotenen Sitzes aus und schlägt Kollege Emil Brändli vor. Die Versammlung beschliesst, die Angelegenheit zur weiteren Verfolgung dem Vorstand zu übertragen.

Kollege Emil Brändli orientiert, dass die Ausgleichskasse gewerkschaftlicher Funktionäre auf Umwegen an uns gelangt ist zur Stellungnahme zu den Familienausgleichskassen. Kollege Brändli glaubt, dass durch ein Referat im neuen Jahr über diese Angelegenheit Klarheit geschaffen werden muss.

Kollege Max Schneebeli äussert sich dahingehend, dass der ganze Fragenkomplex etwas unbequem ist. Die Familienpolitik komme speziell aus den Kantonen Waadt und Genf. Die Konservativen haben in der Westschweiz sehr viel Einfluss. In Genf zahlen nur die Prinzipale Beiträge. Diese Angelegenheit muss eingehend geprüft werden.

Kollege Baptiste Clerico gibt die Zusicherung ab, dass das Gewerkschaftskartell diese Sache aufmerksam verfolgen werde.

Kollege Emil Brändli verweist im weiteren auf die eidgenössische Volksabstimmung vom 20./21. Januar 1945 betreffend Sanierungsgesetz der SBB. Der Privatkapitalismus wird die Vorlage bekämpfen. Die Gewerkschafter müssen auf der Hut sein.

Kollege Gottfried Trächsel: Die Vorarbeiten für den Abstimmungskampf sollen mit der Platzunion Biel in Angriff genommen werden.

Kollege Max Schneebeli regt an, eine öffentliche Versammlung mit Kollege Nationalrat Robert Bratschi als Referent durchzuführen.

Kollege Josef Flury, Präsident der Platzunion, wird mit allen Interessierten Kontakt aufnehmen. Die notwendigen Instruktionen werden zu gegebener Zeit folgen.

4. Gemeindewahlen 1944 in Biel.

Kollege Baptiste Clerico weist auf die bevorstehenden Gemeindewahlen. Leider muss er auch auf die Spaltung innerhalb der Arbeiterschaft hinweisen. Trotzdem hofft er, die rote Mehrheit könne erhalten bleiben.

Kollege Brändli: unsere Versammlung ist keine Wahlversammlung, aber unser Verhältnis zur SP war immer ein gutes. Der Kartellvorstand hat mit der SP eine Vereinbarung über aufgestellte Richtlinien getroffen. Diese Richtlinien sind das Resultat der Erfahrungen der letzten Jahre bei Wahlen. Kollege Emil Brändli gibt die Richtlinien bekannt. Diese sind auch den angeschlossenen Sektionen zur Vernehmlassung zugestellt worden. Einsprache gegen die Richtlinien sind von keiner Sektion erfolgt. Die Sektionen konnten Kandidaten auf die Stadtratsliste aufstellen zuhanden der Mitgliedschaften der SP. Es sind denn auch von verschiedenen Sektionen bereits Kostenbeiträge zugesagt worden. Bis heute hat nur die SP die Interessen der Gewerkschaften vertreten. Kollege Emil Brändli ersucht die Delegierten, noch Mitarbeiter für die letzten Vorbereitungen sowie Militär-Adressen von Sektionskollegen zur Verfügung zu stellen. Im weiteren beantragt er Namens des Kartellvorstandes, der SP Fr. 200.- als Beitrag für den Wahlkampf zur Verfügung zu stellen. Der Beitrag kann wenn notwendig, dem Kampf-Fonds entnommen werden.

Kollege Paul Fell weiss nicht, ob der VPOD die Richtlinien besprochen hat. Ihm sind sie nicht bekannt, obwohl er Mitglied des Kartell-Vorstandes ist. Viele Kollegen sind mit der SP nicht einverstanden und der bezweifelt, dass das Verhältnis zur SP immer gut war. Er verweist auf Konflikte betreffend Arbeits-Detachementen, Meinungsverschiedenheiten mit dem Arbeitsamt und andres. Er spricht sich gegen einen Beitrag an die SP aus, auch mit Rücksicht auf die Subventionsfrage der Gemeinde.

Kollege Emil Brändli glaubt, das Verhältnis mit der SP zu kennen. Die von Kollege Paul Fell erwähnten Konflikte bestanden in der Regel nicht mit der Partei, sondern mit einzelnen Exponenten der Gesamtparte. Die PdA solle mit der SP nicht in Konkurrenz treten. Mit einigen Enthaltungen werden die Richtlinien gutgeheissen.

Kollege Werner Walter ist dafür, dass der Beitrag geleistet wird, weil die SP unsere Kandidaten berücksichtigt.

Kollege Huguenin weist auf eine ähnliche Situation im Jahre 1920. Damals war er Präsident der KP, heute ist er vorläufig noch Mitglied der SP. Er erinnert Kollege Paul Fell daran, dass er auch an der Vorstandssitzung des Gewerkschaftskartells anwesend war, als die Richtlinien zur Einsicht und ersten Besprechung vorlagen. Es ist weniger wichtig, wie die rote Mehrheit kommt, die Hauptsache ist, dass sie kommt.

Kollege Ries verlangt die Teilung des Beitrages von Fr. 200.- mit der PdA.

Kollege Jakob Brunner: die SP ist uns weitgehend entgegengekommen, die finanzielle Unterstützung des Gewerkschaftskartells ist angebracht auch im Hinblick auf die jetzt aussenstehende Gewerkschaftssektion. Beim neuen bernischen Steuergesetz gingen die Meinungen auseinander, da hat die PdA gegen uns und die Arbeiterschaft gearbeitet.

Kollege Ziegerli: Es war die SP, die die Listenverbindung mit der PdA ablehnte. Die SP hat auch die bernische Altersversicherung bekämpft, weil das Projekt nicht von der SP kam.

Kollege Gottfried Trächsel: Die Exponenten der PdA sind nicht bekannt als Vertrauensleute in den Gewerkschaften, zumindest nur ganz vereinzelt. Die SP ist bis jetzt sehr zurückhaltend gewesen in ihren Polemiken, entgegen dem Verhalten der PdA. Die Altersversicherung wurde bekämpft, weil keine seriösen finanziellen Grundlagen dazu vorhanden waren. Wir müssen Realpolitik betreiben, Schlagworte sind gefährlich.

Kollege Max Schneebeli: Weil die einzelnen Sektionen Kandidaten stellen, kann man sich schon fragen, ob mit Rücksicht auf eventuelle Komplikationen in der Subventionsfrage der Gemeinde, nicht besser von einer Beitragsleistung des Gewerkschaftskartells abgesehen wird. Dies soll den einzelnen Sektionen überlassen werden.

Kollege Jakob Brunner glaubt, dass die Bedenken des Kollegen Max Schneebeli zerstreut werden können. Es wurde von keiner Sektion Ablehnung der Richtlinien beantragt. In der Subventionsfrage brauchen wir nicht so ängstlich zu sein. Wenn das Gewerkschaftskartell seinerzeit geschlossen dagestanden wäre, hätte die Rückzahlung angeblich zu viel bezogener Gemeindesubventionen nicht zu erfolgen brauchen.

Kollege Gurzeler setzt sich für die Teilung des Beitrages mit der PdA ein. Kollege Villars: Das Gewerkschaftskartell ist doch nicht (…). Der Beitrag soll an die SP ausgerichtet werden und zwar aus dem Kampffonds.

Kollege Herrmann beantragt Streichung des Beitrages.

Kollege Gottfried Trächsel: Die Kandidaten des Gewerkschaftskartells sind die Vertretung von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten, nicht einer gewissen politischen Richtung. Darin besteht der Unterschied, der die Beitragsleistung an die SP rechtfertigt. Kollege Jakob Brunner: Wir haben nur mit der SP seit Jahren zusammengearbeitet und verhandelt. Wenn die PdA die gleichen Ziele hat wie die SP, dann ist sie nicht notwendig. Die PdA ist uns bis heute den Beweis einer Zusammenarbeit schuldig geblieben. Bis jetzt hat die PdA nicht die bürgerlichen Parteien angegriffen, sondern nur uns auf die Hörner genommen.

Kollege Paul Fell: wir greifen die SP dort an, wo sie bürgerliche Politik macht, sonst nicht. Die Praxis des Gewerkschaftskartells betreffend der Beitragsleistung ist neu. Gerade jetzt, wo 2 Parteien bestehen, will man damit demonstrieren.

Die Kollegen Max Schneebeli und Grogg sind für die gänzliche Streichung des Beitrages, um jede weiterer Auseinandersetzung zu unterbinden.

Kollege Jakob Brunner zieht Namens des Vorstandes den Antrag zurück und die Versammlung stimmt zu.

Kollege Fasnacht frägt an, wieso Kandidaten des SMUV auf der Liste der SP sind. Sind diese durch das Gewerkschaftskartell auf die Liste gelangt? Kollege Jakob Brunner: Die Kandidaten des SMUV sind nicht durch das Gewerkschaftskartell auf die Liste gelangt, dies ist eine Angelegenheit SP-SMUV.

5. Weihnachtsaktion 1944.

Die Versammlung beschliesst einstimmig, auch in diesem Jahr wieder eine Weihnachtsaktion durchzuführen. Die Delegierten sollen sich in ihren Sektionen für Beitragsleistungen einsetzen. Die Vorarbeiten wurden dem Vorstand übertragen.

6. Allfälliges.

Kollege Max Schneebeli frägt an betreffend Passivbeitrag an das Schweizerische Arbeiterhilfswerk. Kollege Emil Brändli erwidert, dass sich der Vorstand mit der Angelegenheit noch befassen muss. Kollege Max Schneebeli beantragt, in dieser Delegiertenversammlung eine Kollekte zugunsten des Arbeiterhilfswerks zu machen. Kollege Baptiste Clerico wendet sich gegen eine Kollekte. Hingegen stellt er in Aussicht, dass nach Neujahr ein Anlass zugunsten des Arbeiterhilfswerkes veranstaltet werden soll.

Schluss der Versammlung um 22.30 Uhr.

Baptiste Clerico, Präsident

Karl Meierhans, Protokollführer

Gewerkschaftskartell Biel. Vorstand. Protokolle 1036-1046. Protokollbuch. Vorstand. Protokoll 1944-

12-01.docx